

# Leipziger Tageblatt

und  
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Nr. 325.

Sonnabend 23. November 1907.

101. Jahrgang.

## Das Wichtigste vom Tage.

\* Im österreichischen Abgeordnetenhaus wurde ein Minderheitsvotum gegen den neuen polnischen Landesminister Abramowicz mit 119 gegen 117 Stimmen angenommen.

\* Kronprinz Louis Philipp von Portugal ist nach Schloss Villa Viçosa verbannt worden. (S. Ausl.)

\* Die Cholerawacht an der Weichsel ist wegen des Frostwetters eingestellt. (S. Ostsch. Bl.)

## Tageschau.

4 003 500 000 Mark

gat am 1. Oktober d. J. die Schulden des Deutschen Reiches betragen. Das Haushalt für 1908 sieht wiederum eine Anleihe von 200 Millionen Mark zur Deckung einer außerordentlichen Ausgaben vor. Ausreichend wäre wäre noch dem Haushaltstrat diese neue Anleihe nur dann, wenn die rund 100 Millionen Mark, um welche die Konservativen bei den Überweisungen überstiegen, entweder von den Einzelstaaten ausgebracht, oder durch die Erhöhung neuer Steuergenossen gebedt werden. Angehoben solcher Verdächtige wird kein vernünftiger Renthalt bestreiten, das mit der Finanznot des Reiches endlich reiner Tisch gemacht werden muß. Nach den Erfahrungen, die bei der letzten Reichsfinanzreform gemacht wurden, ist es kein Wunder, wenn im Laufe einer stärkeren Zurückhaltung bedroht wird. Kennzeichnend ist in dieser Beziehung, daß auch ein Blatt, wie die "Deutsche Tageszeitung", die gründlich mit allem Radikalismus die sofortige Beliebung der Finanznot fordert, sowohl das Brantweinmonopol, als auch die Zigarettenzuckersteuer ablehnt. Da die "Deutsche Tageszeitung" bereits der Zigarettensteuer hervorhebt, sie werde vielleicht als schwere Belastung empfunden, und da von irrenhauer Seite die Zigarettensteuer lebensnotwendig bekämpft wird, sei an die Aufzehrung erinnert, die der Hallenser liberale Nationalökonom Professor Dr. A. Conrad über den Tabak als Steuerobheit in seiner "Finanzwissenschaft" (3. Aufl., Zena, G. Fritsch) vertritt. Er schreibt: "Der Tabak ist als ein entbehrliches Genussmittel ein sehr geeignetes Steuerobjekt, welches um so leichter auch eine hohe Aufzehrung tragen kann, weil dadurch Steuern und Abgaben im großen und ganzen nicht getroffen werden." Der Wechsel ins Geb gebrauchte Weise des armen Mannes kann durchaus dabei Rechnung getragen werden. ... Solange der Staat genügt ist, die unteren Massen mit zu Ruhmungen heranzuziehen, wird auch die Tabaksteuer in erster Linie ihre Verwendung haben."

## Das Grundproblem der Sozialreform.

wird von Professor Dr. E. Krause in der "Sozialen Praxis" im Zusammenhang mit den sozialpolitischen Aufgaben des Reichstages erörtert. Wegen der Räder dieser Aufgaben empfiehlt Krause der Regierung und dem Reichstage, sich über einen festen Arbeitsplan zu einigen, auf weitreichende Programmreden zu verzichten und statt dessen stille, praktische Arbeit zu leisten. Wer sich der endlosen sozialpolitischen Reden aus dem letzten Sessionsjahr erinnert, wird Krauses Rat als höchst brauchbares unterfinden und mit Krause nichts dagegen einwenden haben. Säss Staatssekretär von Bethmann-Hollweg mehr als bisher den Reform- und Nachbereitenden das Wort läßt, damit sofort in die Kleinarbeit eingetreten werden kann. Unter den Parteien des Reichstages ist noch dem letzten Wahlergebnis eine große Mehrheit erkennbar bereit, der Regierung auf sozialpolitischen Befehl zu folgen, und wirtschaftliche Schwierigkeiten werden den Gang der Sozialreform kaum anhalten. Zeigen sich doch die leitenden Männer

in der Regierung ganz besonders bemüht, die Gemeinsamkeit der Interessen von Unternehmern und Arbeitern zu betonen, die Bogenläufe zu verhindern, die biedermeierlichen Beziehungen auf dem Boden der Partei zu regulieren. Da gleichzeitig die Eingliederung der Arbeiterchaft in den nationalen Volksträger als gleichberechtigtes Glied zum Ziel gemacht wird, fragt Krause, ob die Regierung über den richtigen Weg zu diesem Ziele sich klar sei. Hierzu könnte nicht mit ja geantwortet werden, solange die Regierung über die Erweiterung und die Sicherung des Koalitionsrechts, das Grundproblem der Sozialpolitik stillschweigt. Gewiß schreite der Zusammenschluß trotz der bestehenden Einschränkungen des Koalitionsrechts gewaltig fort. Über das Bewußtsein, bei der Ausübung des Koalitionsrechts unter einem Aufnahmestellen zu stehen, ebbt die Arbeit in Gewerbe und Handel und bei das Hindernis, welches der Eingliederung der Arbeiterbewegung als eines starken Faktors der sozialen und der wirtschaftlichen Entwicklung im Wege steht. Autorität und Ordnung würden nicht leben, wenn dieser Stachel aus der Seele der Arbeiter genommen würde. Rein sozialistisch im Arbeiterstaat, keine Befreiung der Befürderungsneige werde sie von dem Streben nach einem freien Koalitionsrecht abrufen. Ein freiheitliches Vereins- und Versammlungsrecht, die Errichtung von Arbeitskammern, die Regelung des Tarifvertragsrechts seien Kapitel an jenem Ziel. Vertreter steht aber, die Herstellung der vollen Gleichberichtigung mit den Unternehmen auf dem Boden der Koalitionsfreiheit, bildet die Krönung der Sozialreform.

## Das Auto.

In einer Berliner Zeitung wurde dieser Tage Beschwerde erhoben über die duldame Radfahrt, die unzählige großstädtische Polizeibehörden über Kraftfahrzeuge entgegenbrachten. Was dort zur Schilderung der gegenwärtigen Zustände angeführt wurde, war buchstäblich richtig. Unser großstädtisches Straßenleben ist, seit das Auto es beherrschte, immer unerträglich geworden. Wer über eine Straße zu gehen wünscht, tut gut, zwar möglichst nach allen Seiten auszutun, ob nicht von irgendwelcher Ferne ein Kraftwagen heranpresso. Auch dann kommt ihm widerstreben, daß aus irgend einer Seitenstraße mit scharem Schwung ein Auto biegt und den Überrosten vor seine Räder nimmt. Für Kinder vollends, für Schwerbehinderte und alte Leute sind unsere Großstraßen kaum noch zu befahren. Selbst unsere Schmid- und Erholungsplätze sind es nicht. Denn in den ältesten öffentlichen Anlagen tummeln sich die Autokraftwagen mit Vorliebe, so den Begriff der freien Lust, den man ansonsten mit den Anlagen zu verbinden pflegt, in sein Gegenteil verkehrt. Dennoch möchten wir nicht ganz so weit gehen wie jenes Berliner Blatt. Das greift die Kraftfahrzeuge ohne Unterschied an und läßt am liebsten auch Autounfälle und Lastwagen mit elektrischen Betrieb von unseren Straßen verbannt. Wir uns zweien will, zu Utrecht. Der Autobus bedeutet eine nicht geringe Erleichterung des großstädtischen Verkehrs, die man gerade im Interesse der Verhältnisse, wenngleich bestimmten Schichten nicht wünschen mögen. Zugleich pflügen die Autobusse ihr Tempo immer noch bis zu einem gewissen Grade zu mächtig. Die eigentlich lebensgefährliche Fahrgelege bleiben die Autobusse und ihr vornehmer, unnummierter älterer Bruder. Auf diese wird man gut tanzen den Kunden einzuführen. Nicht etwa in dem Sinne, als ob man die Zeit zu zurückdrängen wolle und sich angestellt gegen den Fortschritt der Technik sprechen. Doch das ist nicht einmal bedeutet. Aber daß man sich entschließe, Brüder und Nüchtern von Kraftfahrzeugen durch Gesetz zu jener Rücksicht gegenüber den unbedeutenden Dritten, den Fußgängern nämlich in Stadt und Land, zu zwingen, zu der sie ohne solchen sonstigen Druck anstrengen nicht zu bringen sind. — Wie man sich erinnern wird, hat nach dieser Richtung der nationalliberale Abg. Dr. Bering-Schönach-Karolath wiederholt sehr wertvolle Anregungen gegeben. Der damalige Staatssekretär Graf Palabosky hat denn auch regelmäßig seine Sympathie ausgesprochen. Trotzdem ist aus Gründen, die außerhalb des Reichsstands des Innern liegen, und wohl noch liegen, nichts Durchgreifendes geschehen. Es wäre ein höherer Erfolg für den neuen Herrn dieses Amtes, wenn es ihm gelänge, die Hindernisse endlich aus dem

Wege zu räumen. Das wäre ein Alt vollständlicher Politik, der seine bleibende Wirkung nicht verfehlte.

## Deutsches Reich.

Leipzig, 23. November.

\* Kriegshafen Helgoland. Am Helgoland soll, wie aus dem jetzt bekannt gegebenen Marineetat hervorgeht, ein Hafen für Kriegsschiffe gebaut werden. Die Insel Helgoland bietet für die größeren Schiffe der deutschen Flotte einen ungemein günstigen Ankerplatz, denn die Tiefenverhältnisse sind in nächster Nähe der Insel so gute, daß hier eine größere Flotte vor Anker geben kann. Der neue Hafen wird auch in einem Seekrieg ein Stützpunkt für die deutsche Torpedoboatflotte von großer Bedeutung sein. Der Hafen wird an der Südspitze der Insel angelegt, und etwa 1000 Meter in die See hinausgebaut. Die Vorbereitung zur Anlage des Hafens haben bereits begonnen.

\* Einstellung der Cholera-Woche! Infolge Göttreibens auf der Weichsel hat der Oberpräsident von Westpreußen die Einstellung des Betriebs der Choleraüberwachungsstation Schloss bei Thorn angeordnet. Hiermit ist der gesamte Choleraüberwachungsdienst beendet. — Die Magdeburg erscheint sehr bedenklich, da die Cholera in England fortwährt.

\* Wendelsdorf. Die "Neue Polit. Korrespondenz" hält darüber Dementis die Nachricht aufrecht, daß der Eintritt des Geh. Kommerzienrates v. Wendelsdorf in ein hohes preußisches Staatsamt in erste Erwähnung gejogen werde.

\* Partei-Convente. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hielt gestern eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, zwei Interpellationen im Reichstag einzubringen. Die eine betrifft die hohen Lebensmittelpreise, die andere die Steigerung der Koblenzpreise. Die Lebensmittel-Interpellation werden die Genossen Scheldemann und Schröder, die Koblenzpreisfrage Wittenbush und Due begründen. Als Plaatsredner werden Bebel und, nachdem Sieger gekommen ist, von seiner Person dreimal Auffordnung zu nehmen, David fungieren. Einige neue Anträge werden von der sozialdemokratischen Fraktion eingereicht werden. Einer betrifft den Schutz der Hüttenarbeiter in Bezug auf ihre Pensionsansprüche, einer verlangt ein Eingreifen gegen die direkt zur Gewohnheit ausgearbeitete Beschäftigung von Kindern unter 16 Jahren, und ein Antrag verlangt die Aufhebung der Fahrkartensperre. — Die Centralfraktion des Reichstages trat ebenso zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagessitzung stand die Beratung des Gesetzentwurfs über Änderung des Strafrechts hinsichtlich der Moestätsbelastigungen und Geschäftsführers.

\* Die Entzugsungsvorlage. Wie das "Berliner Tageblatt" erzählt, wird Reichskanzler Fürst Bülow am kommenden Dienstag in der Eröffnungssitzung des preußischen Abgeordnetenhauses die Ölmarktvorlage persönlich in längeren Ausführungen begründen. Die Entzugsung soll nicht bloß auf den Geschäftsbereich der Ausleihungskommission begrenzt werden, sondern auch nur solange gelten, als die in Aussicht genommene Summe von 400 Millionen Mark nicht aufgebracht sein wird.

\* Die Sozialdemokraten ziegen in Beiz bei den Stadtverordnetenwahlen in der dritten Abteilung. Damit zieht zum ersten Male die Sozialdemokratie in das Stadtverordnetenkollegium ein.

\* Das Verfahren gegen Harden. Dem "B. L. A." zufolge beschloß die Strafkammer des Landgerichts Berlin I die Freilassung des Hauptverdächtigen gegen Maximilian Harden wegen Beleidigung des Gräfen Kuno Wolfe.

## Seuilleton.

Die Menschen, und nicht die Natur, machen ein Land heimisch.

Andersen.

## Persönlichkeit und Schönheit.

Ellen Key's Lebensbände ist fertig. In ihrem neusten Buche<sup>1</sup> legt sie den Schlußstein zu ihrem System. Sie hat sich eine hohe und große Aufgabe in dem sozialpolitischen Bereich "Gesellschaft" gestellt. Sicher hat es wohl noch keine Frau verfügt, ein so umfassendes und selbständiges Weltbild zu entwerfen. Ihre Kenntnisse seiner, weiblichen Seelen fehlt es gewiß in der Literatur nicht, aber es sind doch meist nur einzelne Themen, die behandelt werden, und die dem weiblichen Geschlechte besonders nahe liegen. Ein rein persönlicher Grund, ein anderes Erlebnis ist die Veranlassung zur Riedeckung geworden. Das Ich des Schreibers ruht überall zwischen den Zeilen durch und tritt mehr oder weniger in den Vordergrund. Ich erinnere nur an Malwida von Lengenfeld, deren Memoiren einer Idealismus der aller Objektivität, deren sie sich in philosophischer Beziehung beschäftigt, doch mehr oder weniger den ganz jubelnden Ausfluß ihrer weichen, vornehm-schmeichelnden Seele sind. Aber auch unter den Schriftstellerinnen der Vergangenheit wird man keine finden, die so systematisch-physisch verfährt, wie Ellen Key. Selbst Roth-Meyer mit ihrem vorzüglichen Buche: "Der Kritik der Weiblichkeit" wird in diesem Punkte hinter der großen Schwedin zurückbleiben müssen, obgleich sie in ihrem auf drastische Darstellung und praktischen Blick unfehlbar überlegen ist. Ellen Key behauptet bei aller Weiblichkeit doch sehr viel + M. um mit Weingarten zu reden. Sie trägt ein ganz bestimmtes abgerundetes Weltbild in sich, das nie wieder "objektiviert". Was sie sagt, entzündigt ihren Karten, prokreiert Persönlichkeit. Ihr Schaffen trägt das Gepräge des Echten und Eigenartigen. Ihre Gedanken, die, wie sie selbst sagt, in der Luft liegen, sind oft neu und original, aber sie sind auch nicht erborgt oder entlehnt. Sie verleiht es, sie kostbar zu lassen und in eine besondere Form zu rüsten. Aus ihren Büchern sprechen die weiten, füllten Welten ihrer Freimat, sie läßt kann sich am wenigsten dem Einfluß des "Erdegeistes" entziehen. Das weiß sie auch, und in dem jüngst erschienenen Buche spricht sie sich ganz offen darüber aus. In diesem Nebenwurzel wortet ihr stolzes Gefühl. Der infantile Natur-Liebe, des Blutsverwandtschafts mit den norwegischen Fjorden entzünden ihre tiefsten Gedanken. In der Sprache der Heimat kann sie ihr Innerstes am besten zum Ausdruck bringen. Es war mir deshalb immer unbegreiflich, wie Ellen Key in den verschiedensten Ländern umhergehen konnte, um vom Rednerpult herab über ihre Ideen zu sprechen. Sie hat dadurch nicht gewonnen und mancher, der ein helles Bild dieser Frau in sich trug, ist von der Rednerin Ellen Key stark enttäuscht gewesen. Alles Vollkommenes, was in den Büchern steht, geht beim grellen Lampenlicht.

\* Ellen Key. Persönlichkeit und Schönheit. Verlag von S. Fischer, Berlin.

des großen Soales und bei dieser Stadion, unbekümmert. Vortragweise verloren. Die meisten ihrer Gedanken sind eben nicht für die Mode bestimmt. Sie wirken bei der Lektüre in einem traumlichen Raum ganz anders. Allen Ley hat die Zahl ihrer Freunde durch ihre Vorlesungen nur vermehrt. Nicht nur in ihrer Heimat wird sie beliebt, auch bei uns hat sie viele Freunde, die sie nicht verleben oder verlieren wollen. Ich bin überzeugt, daß auch ihr letztes Buch viel Widerhall erfahren wird. Es enthält genug, was zur Opposition reicht. Wenn: es ist ein konsequenter Ausbau ihres neuen Lebensidealwesens. Sie will ihr jetzt auch auf die Erde ausdehnen. Ihre Glücks-moral soll ja die Synthese von Christentum und Heidentum führen, wobei dem Individualismus der weiteste Spielraum bleiben soll. Man kann dem gern zustimmen. Es fragt sich nur, wie lange der Weg zu diesem Ziele und ob dieser Weg überhaupt gangbar ist. Eine Weitwander-lebte auch, wenn sie draußen kein Platz mehr für praktisch möglich sein. Darauf nimmt aber Ellen Key wenig Rücksicht. Sie dichtet ihren Lebensstraum und geht am Ende zu Ende aus. Ihre Gedanken sind nicht so einfach, wie sie es in ihrem Buche ausspielen. Deshalb sind Ellen Keys Gedanken nicht so leicht verständlich, oft aber nicht bloß verständlich, sondern verkehrt. Sie verleiht mit einer Höhe des allgemeinen Riedens, daß nie erreicht werden kann. Wenn Ellen Key nur eingeschlossen im täglichen Praktischen Leben stünde, könnte sie sich nie solchen Minuten auskennen. Sie erwartet z. B. vom Sozialismus Dinge, die er gar nicht leisten kann. Dinge, die ganz außer seinem Bereich liegen. Ich frage: hat der Sozialismus wirklich nur die Glücksmoral seine innerste Triebkraft? Traumt er überhaupt von der Gesellschafts Schönheit? Wird der Kampf für die großen allgemeinen menschlichen Ideen tatsächlich nur von der Arbeiterschaft geführt? Niemand wird das behaupten wollen, wenngleich eine gewisse Minorität der Besten aus diesen Kreisen ausgetrieben ist. So gut gefällt Ellen Key ihr Traum vom Sozialismus, daß sie ihn Ende träumt, und sie landet schließlich beim Anarchismus. Warum? Weil sie sich selbst keine gebende Freiheit das Endziel der Gedanken ist. Der Traum des Anarchismus von der Gesellschaftsschönheit ist für die Reformatoren unerheblich. Werkt denn Ellen Key nicht, daß eine Freiheit, die sie selbst kreiert, keine eigentliche Freiheit mehr ist? Freiheit bedeutet doch Auferlegen einer gewissen sozialen Beschränkung. Die menschliche Gesellschaft ist überhaupt nicht erkenntlich ohne gewisse Freiheit. Die Freiheit dürfen nur nicht in das persönliche Recht des Individuums eingreifen. Doch ich kann nur einige Freiheiten geben. Überlos werden Ellen Keys Ansichten auch, wenn sie auf das Thema Völkergemeinschaft zu sprechen kommen. Es wäre besser gewesen, sie hätte hier andern das Feld überlassen. Ich will nicht vertreten, daß sie manches zu sagen weiß, was seine volle Berechtigung

hat. Aber für alle Gefühle löst sich auch nicht dieselbe Wahnad gebräuchen. Und so mag sie in eine Sodapfe geraten, wenn sie beispielhaft beim Vaterlandsgesetz nur die Lebenssteigerung als Wertmaßsetzung hält und sie aufzuführen will. Ihre Aufzählung wirkt hier besonders einheitlich und ihre Ausführungen werden oft alles weiblich.

Wahrend glücklicher ist Ellen Key in den Beziehungen rein ethischer Fragen. Das Gehet liegt hier besser, weil es persönlicher ist. Auch in ihren früheren Büchern zeigt sich das. Der Klassizismus der Persönlichkeit ist ihr eigentliches Lebenselement, für das sie sich immer und immer wieder einlegt. Hier hilft sie für ihr Leitmotiv stets neue überraschende Wendungen, aus denen das Thema: Persönlichkeit klar und vernehmlich herauskommt. Ihre Erfindungs-gabe ist reich und unerschöpflich. Der Grundgedanke freilich bleibt dieselbe, nur die Variationen sind neu. Der Kampf gegen die dualistische christliche Lebensanschauung wird man weitergezogen. Absolute Willensstreit und absolute Willenslehre sollen einer reinen Glücksmoral weichen. Du sollst individuell sein! Du sollst auf deine eigene Weise handeln. Nur so wird die Natur innewohnende individualisierende Phantasie, die sie erfüllt, nicht entwunden. Ellen Key hält es wie man weiß, sehr mit Schleiermacher. Der Einzelne soll sich möglichst vom anderen unterscheiden, um Verständnis für seinen Eigentümlichkeit zu bekommen. Daran fehlt es uns noch immer nicht. Wahr, unser Nachsten zu verstehen; im Gegenteil, wir sollen über seine Eigenschaften berichten, vernehmen ihn abzulehnen, er darf vielleicht nicht der "Gesellschaft" gehören. Wer ist denn nun eigentlich eine "Gesellschaft"? War erdet wohl immer von ihr, wenn er nichts über sie weiß. Das Grunde genommen ist sie doch nicht anders, als ein allgemeiner Begriff, eine allgemeine Meinung, die aus zwei Teilen besteht und aus einem Drittel Weisheit besteht. Und diesem Weisheit sind alle mehr oder weniger verfallen. Der Gesellschaftsstreit steht im Menschen und läßt sich nicht austrennen. Er bedarf aber noch der Berechtmung, denn er ist noch in vielen tödlich und unzivil. Auch er muss beitreten zur Lebenssteigerung. Aus dem Gesellschaftsstreit resultiert die Gesellschaft. Die Gesellschaft aber hat ihre eigenen Schönheitsideale, die für den kleinen Lebensstil selbstverständlich sind. Und doch werden sie von vielen im Verleben ganz anderer Art gelassen. Leider kann sie hier nicht auf Einzelheiten eingehen, aber ich empfehle jedem, die Schönheitsideale des Gesellschaftslebens, wie sie Ellen Key aufstellt, zu studieren. Sie zählen zum Feinsten, was sich über dieses Thema sagen lässt.

Den Standpunkt, den die Philosophie der Gesellschaft gegenüber einnimmt, verläßt sie auch nicht dem Einzelnen gegenüber: Entwicklung der Persönlichkeit und Lebenssteigerung! Der Glücksmoralist meint, daß der Glücksmoralist keine Persönlichkeit auf Kosten der Glücksverteilung bekommt. Der Glücksmoralist glaubt das Recht zu einer individuellen Wahl der Freiheit zu haben, weil nur das Handeln aus einer solchen Wahl heraus mit "Gehet und Leben" geschieht.

Die Wicht als Glück hat höheren Wert. Das Moment der Lust ist also noch Ellen Key's Ansicht primär, das Moment der Freiheit höherer Natur. Diesen Sinn findet sie auch in Kant's logischen Imperativ zu legen. Daß man den Königsberger Philosophen anders verstanden, kann darin liegen, daß man ihn missverstanden, und gegen diesen Widerspruch will sie ausdrücklich Abstand nehmen. Ich glaube, diese Ansicht wird nicht anwidersetzen werden. Jedermann ist gerade diese be-



Dresden, 23. November.

**S. Märtin als Malerinnen.** Die ländlichen Bürgerinnen waren von jeder begünstigte Anhängerinnen der schönen Künste und Wissenschaften, und es hat unter den Königinen und Prinzessinnen des ländlichen Hofes wohl keine gegeben, die nicht diese oder jene Kunst, sei es Malerei, Musik oder einen anderen Kunstgewerbe trachtlich ausübte. Diejenigen fürstlichen Damen am Dresdner Hofe, die bald thüringische Königin Carol, die Prinzessin Mathilde und Prinzessin Johann Georg, sind eifrige Malerinnen, und namentlich die Königin-Witwe Carol hat es hierin zu hoher Vollkommenheit gebracht. Königin Carol hat jetzt ihre Kunst in den Dienst der Wohltätigkeit gestellt, indem sie sich entschlossen hat, ihre Kunstwerke im Dreiecksaudrucke in Gestalt von Ansichtskarten zu veröffentlichen. Der Ertrag der Reproduktionen ist der Fürsorge für Lungenkrank betrieben. Auch die Prinzessin Mathilde wird in gleicher Weise und zu demselben menschenfreudlichen Zwecke ihre Kunstwerke veröffentlichen. Andere dem ländlichen Hofe nahestehende fürstliche Damen, z. B. die Gräfin von Flößnern, werden ebenfalls ländlerischen Beiträge liefern, so daß bald ganze Serien im Buchhandel erscheinen werden.

\*

**\* Naumburg, 23. November. (Ein Pferd gefunden.)** Das Glück, ein Pferd zu finden, hatte in verhinderter Nacht in Eisenhütten biegen Obers. Auf dem Nachhauseweg von der Singstraße nach der Rückspülstraße plötzlich einem, durch seine lange Ortskenntnis sehr gut bekannten Brauern gegenüber. Kurz entklossen, schlugen beide noch einmal um und kamen zur allgemeinen Heiterkeit der noch anwesenden Gäste in die Gaststube des kleinen Gasthauses. Nachdem der neue Gast sich auch einige Zeit dort befunden, wurde er vom Wirt ein wenig durch das in seinem Hofe gelegene Areal für Obdachlosen gebracht. Der ehrliche Wirt feierte, nebenbei bemerkt, am selben Tage seinen Geburtstag. Alles Glückwunsch!

**\* Planen, 1. Nov. 23. November. (Geburtsfeier)** — **Geburtsfeier** — **Württemberg.** In unserem ländlichen Städten Anlagen auf Kaiser-Wilhelm-Denkmal, sowie am Spratzen haben in den letzten Nächten zahlreiche Durchläufe wie die Bandolen gehabt; Bänke herausgerissen, Eisbrechungen zerstört. Schilder zerstört, kurzum in ihrer Verhüllung blödlings vernichtet, was sie haben. Bisher ist es der Polizei noch nicht gelungen, der Bandolen habhaft zu werden. Im Webhalle einer Württembergschen Weberei hat sich der dort als Werkmeister angestellte 52-jährige Anton Voigt einer 14-jährigen Arbeitnehmerin eines Stoffleidungsvertriebs schuldig gemacht. Er wurde gestern vom hiesigen Schwurgericht unter Auschluss der Öffentlichkeit in einem Jahr zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

**\* Röslau, 22. November. (Langfleck soll)** Wie lebensgefährlich das Nachfallen von brennenden Lampen ist, bewies wieder einmal ein schwächer Langfleckfall, der sich im hiesigen Orte zugetragen hat. Der Besitzer des Gasthauses wollte eine im Auslösen begriffene Gaslampe auffüllen, wobei der Brennstoff über explodierte und dadurch die Kleider des behausungsverwesenen Mannes in Brand setzte, so daß der Gastwirt im Nu einer Feuerküche gleich. Zum Glück waren sofort hilfsbereite Hände zur Stelle, die das Feuer löschen und den Schmerzverleideten zu einem Großenbacher Arzte brachten. Wegen auch dieser traurige Vorfall wieder zur nachdrücklichen Warnung vor der Fahrlässigkeit, brennende Lampen nachzufüllen, dienen.

**© Johannisgegenstadt, 23. November. (Selbstmord)** Im Walde bei Giebichen (Neubau i. B.) wurde der Kaufmann Löbner aus Zwickau erhängt aufgefunden.

## Aus Sachsiens Umgebung.

**Halle, 23. November. (Gaukler gefangen.)** Mit einem Depotchein über 20 000 Mark schied der Bankverein verlustig gestern ein unbekannter bei einer diesen Bankstube den Betrag von 10 000 Mark zu erheben. Auf telegraphischer Anfrage aus Dresden kam die Antwort, daß der Depothchein gestohlen sei. Der Schwindler enttarnte sich, konnte aber am Abend in Merseburg verhaftet werden, als er auf Grund des Scheins bei der Filiale der Wittenberger Bank 50 Mark zu bekommen suchte. In dem Gaukler wurde der Kaufmann Otto Schramm aus Dresden festgestellt.

**R. Delitzsch, 22. November. (Im Markt umgekommen)** Auf dem Grundstück des Bäckerhofes hatten gestern nachmittag mehrere Kinder gespielt. Hierbei hatten sich zwei, der elfjährige Sohn des Bäckermeisters Schles in Gethse und der zehnjährige Sohn des Bäckermeisters Henze zu lange angehalten, so daß sie schließlich, als sie nach Hause gehen wollten, daß Holz verschlossen fanden. Wahrscheinlich haben nun die beiden Jungen über eine niedrige Stelle der Einfriedung gespielt wollen, wobei sie aber infolge der Dunkelheit in ein etwa 2 Meter tiefer Schlammgräber gerieten, in dem sie endgültig umgekommen sind. Erst die auf der Grube schwimmende Mutter eines Knaben gab traurige Auskunft über den Verbleib der Knaben.

## Außerordentlicher Anwaltsitag zu Leipzig.

© Leipzig, 23. November.

Nicht zur Unterhaltung im Konzert oder zur Verführung bei geschäftlichen Künsten war heute die „Überhalle“ des Kristallpalastes geöffnet, sondern zu einer Beratung für die Teilnehmer an der außerordentlichen Tagung des Deutschen Anwaltsvereins. Über den Belohnungen ebenso stark, als ob ein „Star“ auf dem Programm stände, war soviel, wie es der Gegenstand der Beratung, die vom Reichsjustizamt beauftragten Beratungen des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Zivilprozeßordnung, des Gerichtsfostrichtergesetzes und der Gebäudenordnung für Reichsgerichte, die eine Revolution in unserem Rechtssystem bedeuteten, erwartet ließen. Fast noch mehr Teilnehmer als am getragenen Begegnungstag waren in der Alberthalle Platz genommen und folgten mit Spannung den Referaten, die in getrennter vollendeter Form von den Rechtsanwälten Dr. Hohenburg-Mannheim und Dr. Hinrichsen-Gärtner erachtet wurden.

Zur Nachmittagssession eröffnete Dr. Gottschropel-Leipzig, der Vorsitzende des Deutschen Anwaltsvereins, die Verfassung. Zustellungen der Vorsitzenden wurden die Rechtsanwälte O. Greif, Leipzig, und Geh. Justizrat Wunder-Schönfuss a. M. ernannt. Schriftführer sind die Rechtsanwälte Dr. Mothes und Dr. Springer a. Leipzig. Nachdem Geh. Rat Dr. Grümann als Vertreter des ländlichen Justizministeriums die Versammlung begrüßt hatte, erging

**Rechtsanwalt Dr. Hohenburg als Referent,**

von der Versammlung stürmisch begrüßt, daß Wort.

Meine Aufgabe, so führte er aus, ist heute schwerer und doch wieder leichter, als sie es vor zwei Monaten in Mannheim war. Schwer ist es, heute etwas Neues über die großen Fragen der Justizreform zu bringen. Um diese dreht sich damals. Heute handelt es sich darum, und darin liegt die Erleichterung, daß einer zum Ende der Kritik veröffentlichten Regierungsvorlage Stellung zu nehmen. Ein bestimmter Gegner steht uns gegenüber. Da lämpft es sich besser. Denn einen Kampf wird es geben. Nach wie vor ist es ein falsches Unternehmen, ein kleiner Stück der großen Brachreform herauzugreifen und die Amtsgerichte als Sondergerichte auszustalten. Nach wie vor ist in der Erhöhung der Zuständigkeiten des Amtsgerichts nur noch dem Streitwerte die Gefahr einer Verschlechterung der Rechtsprechung zu erblicken. Nach wie vor muß die Verstärkung des Reichsgerichts und ihre Erhaltung und Sicherstellung in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung als Teil der Reform verlangt werden.

Das war das Thema, über das der Referent in heimliche breitstädiger Rede glänzende Ausführungen machte. Sie hier wiederzugeben, geht wohl nicht an, dagegen sei es gestattet, auf einige Hauptpunkte des Referats kurz hinzuweisen.

„Es ist“, führte der Referent u. a. aus, „nicht richtig, daß die Neuordnungen, die der Entwurf für die Amtsgerichte bringt, notwendig auf die beschränkt werden müssen, und in der Natur des ordentlichen Verfahrens, das den Anwalt nicht als notwendiges Mittel in der Rechtsfindung voraussetzt, begründet sind. Das mag vielleicht für die Ausschreibungen und Leistungen gelten, die jetzt das Gericht befürworten soll. Vielleicht auch von der Vorschrift, daß der Richter die Sache mit der Partei erörtern soll. Alle anderen Reformvorschläge passen mindestens ebenso gut für die Vorschriften als in großen Streitfällen. Weder soll eine Klage vor dem Amtsgericht unbedingt in den ersten Termine erhalten und nur um solle sie streitig wird und seiner Besleutigung bedarf, nach den Ferien verlegt werden, beim Landgericht aber nicht? Es ist auftreffbar, zur

Vollstredung eines Urteils nur die Aussetzung des Tenors zu fordern. Zustand und Gründe interessieren die Partei, die gewonnen hat, wenig. Sie will rasch zu ihrem Gelde kommen. Aber gilt dies für die landgerichtlichen Klagen nicht auch? Sollte doch das Interesse an den Gründern das an den beschleunigten Vollstredung überwiegen?

Wenn sich aber herausstellt, daß kein Grund vorliegt, die im Entwurf enthaltenen Reformvorschläge nur für die Amtsgerichte anzunehmen, so fällt damit der von den Motiven angegebene Grund der Erhöhung der Kompetenz der Amtsgerichte. Man wollte, da man keine für alle Gerichte geltende Reform geben konnte, diese wenigstens durch die Erweiterung des Geschäftsbereiches der Amtsgerichte möglichst vielen zugute kommen lassen. Ist dies durch die Übernahme auch für den landgerichtlichen Prozeß in noch weiterem Maße erreichbar, so bedarf es der Kompetenzerhöhung der Amtsgerichte nicht.

Die gegen die Erweiterung der Zuständigkeit der Amtsgerichte schon aus dem Bonnheimer Anwaltsverein gezeigten Bedenken und Befürchtungen bleiben in voller Schwere. Sie sind durch die Motive nicht widerlegt. Am auffälligeren ist, daß sie über die Frage, die den Kern aller Debatten bildet, ob das Kollegialgericht oder der Einzelrichter eine bessere Rechtsprechung gewöhne, sich vollständig ausschweigen. Man spricht nur das Vertrauen aus, daß die Zuständigkeiten überall eine hinreichende Zahl von Einzelrichtern zu finden wären werden, die auch die Unwidrigekeit von Prozeßvorschriften erfüllen könnten. Ist dies durch die Übernahme auch für den landgerichtlichen Prozeß in noch weiterem Maße erreichbar, so bedarf es der Kompetenzerhöhung der Amtsgerichte nicht.

Eine gegen die Erweiterung der Zuständigkeit der Amtsgerichte schon

auf dem Bonnheimer Anwaltsverein gezeigten Bedenken und Befürchtungen

bleiben in voller Schwere. Sie sind durch die Motive nicht widerlegt.

Am auffälligeren ist, daß sie über die Frage, die den Kern aller

Debatten bildet, ob das Kollegialgericht oder der Einzelrichter eine

bessere Rechtsprechung gewöhne, sich vollständig ausschweigen. Man

spricht nur das Vertrauen aus, daß die Zuständigkeiten überall eine

hinreichende Zahl von Einzelrichtern zu finden wären werden, die auch

die Unwidrigekeit von Prozeßvorschriften erfüllen könnten. Ist dies

durch die Übernahme auch für den landgerichtlichen Prozeß in noch

weiterem Maße erreichbar, so bedarf es der Kompetenzerhöhung der Amtsgerichte nicht.

Eine Rolle spielt auch der Vorfall des Anwaltsvertrages für die

die Amtsgerichte vermittelten Sachen. Man glaubt, er habe nichts,

da die Parteien in den wichtigsten Fällen sich doch der Anwälte bedienen

würden. Andererseits werde dadurch eine Uppornis an Prozeß-

kosten eingeführt. Bedenktlich ist, daß gerade die Parteien,

denen die Hilfe des Anwalts am meisten not

tut, die mittleren Kosten, die kleinen Kaufleute, Handarbeiter, Angehörige usw. am meisten berügt werden, ihre Sachen zu be-

handeln und am wenigsten dazu fähig sind. Bedenktlich ist auch der vom

Entwurf ausgeschlossene Grundstein einer allgemeinen Verbilligung der

Prozeßkosten nach dem Streitwert. Die Folge wird ein fastes An-

gespannen aller ordentlichen Prozeß sein, ein Moment, das viel ver-

ändergt wird. Es ist falsch, daß die kleinen Streitwerte kein die der

wirtschaftlich schwächeren sind. Es bedarf allerdings einer Reform auch

anderen Prozeßkosten. Aber wieder nicht schematisch nach dem Wert,

sondern nach den einzelnen Materien. Und wenn im Interesse der All-

gemeinde eine Herabsetzung der Kosten erstrebt wird, so muß sie

der Staatskasse statt zu Kosten des Anwaltes schon schwer um die

Kosten ringen. Wir sind prinzipiell gegen die Vorlage. Wir fürchten nicht, daß man uns vorwirkt, daß wir durch

eigenen wirtschaftlichen Interesse hierzu bestimmt werden. Wir schen-

ken erklär und wiederholen, daß wir alle Verluste und Beschwerden einer

Übergangszeit gerne übernehmen wollen, wenn nur eine wirkliche Ver-

besserung eintrete. Solange die Zeit fehlt, müssen wir vor diesem Reform-

weile, das weitaus dem Interesse der Staatskasse dient, warnen.

Der Antrag des Referenten geht dahin:

### Resolution.

Der Anwaltsstag wolle beschließen:

Es ist an den Bundesrat und an den Reichstag folgendes Er-

schließen zu richten:

I. Den vom R.A.U. ausgearbeiteten Entwurf eines Gesetzes, betreff. Veränderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Zivilprozeßordnung, des Gerichtsfostrichtergesetzes und der Gebäudenordnung für Reichsgerichte nicht als Grundlage der Ver-  
ratung zu machen, sondern die Ausarbeitung eines Entwurfs, der von den einzelnen Gremien umfassen, in zunächst grober

II. Sollte dieser Entwurf nicht entschieden werden können, so sollen in dem Entwurf Änderungen nach Vorschlag des Deutschen Anwaltsstages vorgenommen werden.

Diese Änderungen tragen zum Teil Dr. Hohenburg, zum Teil der zweite Referent Dr. Hinrichsen vor. (Die Verhandlung dauert fort.)

## Der Preußentag

In der Nachmittagsession wurde die am Morgen nach der  
Rede des Herrn Krone begonnene Debatte über die

### Zahlungswahlen 1900

fortgesetzt. Rechtsanwalt Landesber (Magdeburg): Er sei der Meinung, die Regierung werde es wagen, dem Volke zugemessen, wiederum unter dem Dreißigwohnsitz zu wählen. Wo sollte denn die Regierung fürchten? Die Kontrahenten haben niemals ein Hehl daraus gesagt, daß sie gegen das allgemeine Wahlrecht seien. Mit den Nationalliberalen sei es zu beschließen, verbriebe ihm das Abstandsgesetz. Es bleibe nur die Gruppe Raumann, Bismarck, Kopisch. Diese Leute braucht die Regierung gewiß nicht zu fürchten. Er sei aber der Ansicht, es werde auch unter dem Dreißigwohnsitz möglich sein, einige Mandate zu erhalten. Der

**Massenstreik** können nicht beklagen werden. Er müsse aber, wenn erforderlich, annehmen werden. Bei Stichwahlen könne für das Zentrum und die Freienbürger stimmen, wenn die Kandidaten das Vertrösten geben, für das allgemeine Wahlrecht eingetreten.

Edvard Bernstein (Berlin): Die Genossen befinden sich doch auf einem Irrewege. Glaube man denn, daß die 5 Millionen nichtpolitischen Rechtsanwälte an lauter Kapitalisten beteiligt? Er sei auch nicht für ein Bündnis mit den bürgerlichen Parteien. Von Ihnen doch aber nicht jedes Kompromiß von vorneherein verwiesen. Es sei ihm unbehaglich, daß genüge politisch empfunden könne, daß einer Stichwahl zwischen einem Freienbürger und einem Nationalisten verloren geht. Er kann doch nicht eine Politik treiben, bloß um die Freienbürger zu ärgern. Es handele sich bei den Zahlungswahlen doch nicht bloß um das allgemeine Wahlrecht. Wenn wir dem Gewerkschaftsbund folgen wollen, dann würden wir unsere eigenen Grund-  
sätze vertragen.

Rauch (Hannover) empfahl die Annahme des Hannoverschen Antrages, bei Stichwahlen für das Zentrum und die Freienbürger zu stimmen. Seine Partei habe auf dem Hamburger Parteitag 1897 denselben Antrag gefordert.

Ariébänder (Berlin) hält es für nötig, in letzter Linie den Massenstreik anzuwenden, ist im übrigen gegen jedes Bündnis mit den bürgerlichen Parteien.

Oberbürgermeister Hug (Bonn) äußert sich im

Sinn Bernsteins. Weiß (Berlin) befürwortet es Mittel zur Erhöhung des allgemeinen Wahlrechts.

Schriftsteller Kägenste in (Berlin): Wenn die Partei stark genug sei, dann könnte sie nicht davor zurücktreten, auf die Straße zu gehen und den Massenstreik in Anwendung zu bringen. Es sei nicht zu verteuern, daß ausdrücklich ein wirtschaftlicher Krieg besteht. Zugleich müsse man eventuell den Generalstreik unternehmen.

Maurer (Bremen): Die Partei sei noch zu schwach, um bei den Zahlungswahlen selbstständig Erfolge zu erzielen. Wenn die Partei Erfolge haben sollte, dann müsse man die Wählerchaft der anderen Parteien mobil machen.

Burm (Berlin) befürwortete die Ausführungen des Vorredners.

Hoza (Stettin): Es könne nie nur für ein Komprromiß bei den Stichwahlen erklungen werden. Bei den Wahlmännerwahlen müsse die Partei selbstständig vorgehen.

Vorredner Müller (Berlin): Zur Erreichung des allgemeinen Wahlrechts müsse eventuell der Massenstreik angewendet werden. Der Vorredner stand für seiner historischen Kulturmission stets bewußt sein.

Nach einem Schlußwort von Adler (Kiel) und Dr. Aron (Berlin) wurde der Antrag Hannover zurückgezogen. Danach wurden die Verhandlungen auf Sonnabend früh 6 Uhr fortgesetzt.

## Neues aus aller Welt.

**Die Monna.** Aus Bozen wird gemeldet: Die ländliche Brüderin Anna Maria Monna, die sich zurzeit bei dem ländlichen Kammerherren Grafen Schönberg auf Schloss Hollans bei Graz aufhält, wird in den ersten Tagen des Dezember nach Graz bei den Brüdern kommen, um dort in der Pension Hababurg für einige Monate Aufenthalt zu nehmen.

Wiederholungen bei den Eltern u. Vorfahren höchstens 4%. Die Auswirkungen stehen hervorragend. — Die Tumorsicherungsstufen, welche die Lungen der mit einem „+“ bes. in Uro., Endo., Gastroint., v. Prost. Diagn. (s.o.) gekennzeichneten, hier mit höherer Rate verschuldeten Patienten, lassen sich nicht frisch unterscheiden. Jüngere (Endo., Uro.,

### **Leipziger Kurse vom 23. November.**

## **Berliner Kurse vom 23. November.**

**Credit- & Spar-Bank,** Schillerstr. 6.

empfiehlt sich zur Bezahlung aller in das Bankbuch eingeschlagenen Geschäfte. An- und Verkauf von Wertpapieren für alle Börsen. Contocurrent-Verkehr. Diskontierung von Wechseln. Zahlstelle für Wechsel. Annahme von Spareinlagen zur Verzinsung mit 3½%. Vermietung von Tresorfächern unter eigenem Verschluss der Abnehmer.



